

**Tagesordnungspunkt 5(b):****Dringlichkeitsentscheidungen****Solidaritätserklärung Iran**

Der Kongress verurteilt die mörderische Unterdrückung der Menschen im Iran durch das dortige frauenfeindliche Regime im Anschluss an den von Agenten des Staates verursachten Tod Jlna Mahsa Aminis. Im ganzen Land gehen iranische Frauen mit Unterstützung von Männern trotz der brutalen Repressionen für ihre Rechte auf die Straße, und die Gewerkschaften haben Streiks organisiert. Hunderte Menschen wurden getötet, etliche Protestierende zum Tode verurteilt und 15.000 festgenommen.

Die jüngste Unterdrückungswelle folgt auf die systematische Verletzung grundlegender Rechte der Menschen im Iran, einschließlich ihres Rechtes auf Vereinigungs- und Redefreiheit. Der Iran wird im Globalen Rechtsindex des IGB Jahr für Jahr als eins der schlimmsten Länder der Welt mit Blick auf die Arbeitnehmerrechte eingestuft. Zahlreiche Gewerkschafter\*innen verbüßen lange Haftstrafen, nur weil sie für Grundrechte und die Interessen arbeitender Menschen eingetreten waren.

Das Regime begeht kontinuierlich Menschenrechtsverletzungen gegenüber Frauen, religiösen und ethnischen Minderheiten, politischen Aktivist\*innen und der LGBTIQ+-Gemeinschaft.

Der Kongress:

Fordert die Freilassung inhaftierter Gewerkschafter\*innen und all derjenigen, die nach internationalem Recht in eklatant rechtswidriger Weise verhaftet und inhaftiert wurden;

Verurteilt die Unterdrückung der grundlegenden Menschenrechte von Frauen und Mädchen durch die iranische Regierung und die Angriffe auf ihr Leben;

Fordert die iranischen Behörden auf, die Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu beenden und appelliert an sie, das Recht von Frauen, Mädchen und der gesamten iranischen Bevölkerung auf Vereinigungs- und Meinungsfreiheit, körperliche Selbstbestimmung und persönliche Sicherheit zu achten;

Steht weiterhin absolut solidarisch an der Seite iranischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften bei ihrem Kampf für Arbeitnehmerrechte;

Verpflichtet sich zur uneingeschränkten Unterstützung des Kampfes für grundlegende Rechte für alle;

Verlangt, dass der Iran die ILO-Übereinkommen 87 und 98 ratifiziert und uneingeschränkt umsetzt und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, insbesondere Artikel 23, in vollem Umfang achtet und

Würdigt und begrüßt die breite und nachdrückliche internationale Unterstützung seitens der Gewerkschaften, anderer Organisationen und der Öffentlichkeit für die Menschen im Iran.